

Bürokratieabbau und digitale Verwaltungsmodernisierung

Effiziente, transparente und verlässliche Verwaltungsverfahren sind eine zentrale Voraussetzung für die Ausübung freiberuflicher Tätigkeiten. Gleichzeitig binden umfangreiche Dokumentations-, Melde- und Genehmigungspflichten erhebliche personelle und zeitliche Ressourcen. Ein konsequenter Bürokratieabbau durch die Reduzierung von Aufzeichnungs-, Dokumentations- und Nachweispflichten sowie die Vermeidung von Mehrfacherhebungen durch besseren Datenaustausch zwischen Behörden gewinnt daher zunehmend an Bedeutung.

Hierzu gehört auch eine regelmäßige Überprüfung von Zuständigkeiten, Aufgabenverteilungen und Verfahrensabläufen innerhalb der Landesverwaltung, um Effizienzpotenziale zu heben und Doppelstrukturen zu vermeiden.

Zugleich kommt der Digitalisierung eine zentrale berufsübergreifende Rolle zu. Voraussetzung hierfür sind ein flächendeckender Breitbandausbau, eine konsequente Umsetzung von E-Government-Strukturen sowie die digitale Transformation von Verwaltungsprozessen. Digitale Lösungen müssen medienbruchfrei, interoperabel, nutzerorientiert, bezahlbar und praxistauglich ausgestaltet sein und dürfen keine zusätzlichen Dokumentations- oder Bürokratiepflichten erzeugen. Eine stärkere Vernetzung von Verfahren, die Nutzung automatisierter Prozesse sowie eine Konzentration staatlicher Kontrollen auf wesentliche Kernbereiche können zusätzlich zur Verfahrensbeschleunigung beitragen.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, Dokumentations-, Melde- und Berichtspflichten sowie Genehmigungsprozesse für freiberuflich Tätige systematisch zu überprüfen, Mehrfacherhebungen zu vermeiden und Verfahren spürbar zu vereinfachen und zu reduzieren?

X Ja Nein

Die FDP setzt sich konsequent für den Abbau unnötiger Bürokratie ein. Gerade für Freiberufler sind übermäßige Dokumentations-, Melde- und Berichtspflichten sowie langwierige Genehmigungsverfahren eine erhebliche Belastung, die Zeit, Ressourcen und Innovationskraft bindet.

Wir wollen diese Prozesse systematisch überprüfen und deutlich vereinfachen. Mehrfacherhebungen müssen durch das „Once-Only-Prinzip“ vermieden werden, sodass

Daten nur einmal erhoben und anschließend von den zuständigen Behörden genutzt werden können. Gleichzeitig setzen wir auf klare Zuständigkeiten, schlanke Verfahren und eine stärkere Digitalisierung der Verwaltung.

Unser Ziel ist eine moderne, effiziente und serviceorientierte Verwaltung, die Freiräume schafft, statt sie einzuschränken.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Verwaltungsverfahren in Sachsen-Anhalt vollständig digital, medienbruchfrei und interoperabel umgesetzt werden, einheitliche digitale Standards sowie funktionierende Schnittstellen zwischen Landesbehörden und Kommunen geschaffen werden und die Verfahren nutzerorientiert ausgestaltet sind, ohne zusätzliche Dokumentations- oder Nachweispflichten zu erzeugen?

x Ja Nein

Der Staat muss den Menschen dienen und nicht umgekehrt. Verwaltungsverfahren sollten so einfach wie möglich funktionieren, und das gelingt heute nur konsequent digital. Wir wollen, dass alle Verfahren durchgängig digital ablaufen, eben ohne Papier, ohne doppelte Eingaben und ohne unnötige Hürden. Dafür braucht es einheitliche Standards und funktionierende Schnittstellen zwischen Behörden und Kommunen, damit Daten effizient genutzt werden können, statt sie immer wieder neu abzufragen. Entscheidend ist dabei die Perspektive der Nutzer. Verfahren müssen verständlich, schnell und praxisnah sein. Digitalisierung darf nicht zu mehr Kontrolle oder zusätzlicher Bürokratie führen, sondern muss echte Entlastung schaffen. Genau dafür setzen wir uns ein.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Bearbeitungszeiten bei Genehmigungen, Zulassungen und Förderverfahren deutlich verkürzt und verbindlich ausgestaltet werden?

X Ja Nein

Lange und unklare Bearbeitungszeiten sind ein echtes Hemmnis für Selbstständige, Freiberufler und Unternehmen. Wer investiert, gründet oder Projekte umsetzt, braucht Planungssicherheit und verlässliche Fristen.

Wir setzen uns daher dafür ein, dass Genehmigungs-, Zulassungs- und Förderverfahren deutlich beschleunigt und mit verbindlichen Zeitvorgaben versehen werden. Verwaltung muss effizient arbeiten und Entscheidungen zügig treffen und notfalls auch nach dem Prinzip „Genehmigung gilt als erteilt“, wenn Fristen ohne sachlichen Grund überschritten werden.

Unser Ziel ist eine moderne Verwaltung, die als Partner agiert, Prozesse ermöglicht statt blockiert und wirtschaftliche Dynamik nicht ausbremst.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, Zuständigkeiten, Aufgabenverteilungen und Verfahrensabläufe innerhalb der Landesverwaltung regelmäßig zu überprüfen und zu optimieren, um Doppelstrukturen abzubauen und Verwaltungsprozesse effizienter zu gestalten?

x Ja Nein

Ein schlanker und effizienter Staat ist ein Kernanliegen liberaler Politik. Unklare Zuständigkeiten, Doppelstrukturen und komplizierte Abläufe kosten Zeit, Geld und Vertrauen.

Wir wollen die Verwaltung konsequent hinterfragen und dort verschlanken, wo sie sich selbst im Weg steht. Klare Verantwortlichkeiten, einfache Prozesse und weniger Überschneidungen sorgen für schnellere Entscheidungen und mehr Verlässlichkeit.

Unser Ziel ist ein Staat, der effizient arbeitet, sich auf seine Kernaufgaben konzentriert und Bürger sowie Unternehmen nicht ausbremst, sondern unterstützt.

Fachkräfte- und Nachwuchssicherung

Die freien Berufe in Sachsen-Anhalt stehen vor erheblichen Herausforderungen bei der Sicherung von Fachkräften und beruflichem Nachwuchs. Demografischer Wandel, zunehmende Altersabgänge, der hohe Anteil ländlicher Regionen sowie strukturelle Besonderheiten freiberuflicher Selbstständigkeit erfordern gezielte landespolitische Maßnahmen.

Im Fokus stehen dabei attraktive Ausbildungs- und Studienbedingungen, praxisnahe Qualifizierungsangebote, eine beschleunigte Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse sowie wirksame Maßnahmen zur Bindung und Gewinnung von Fachkräften im Land.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, attraktive Rahmenbedingungen für Ausbildung und Studium in den freien Berufen zu stärken, insbesondere durch den Ausbau praxisnaher Ausbildungsformate und dualer Studiengänge sowie durch Programme zur Nachwuchsgewinnung, Fachkräftebindung und Förderung von Praxis- und Büroübernahmen – insbesondere im ländlichen Raum?

X Ja Nein

Fachkräftesicherung gelingt nicht durch mehr staatliche Steuerung, sondern durch bessere Rahmenbedingungen und echte Aufstiegschancen. Wir wollen Ausbildung und Studium in den freien Berufen konsequent praxisnah, flexibel und leistungsorientiert ausgestalten.

Dazu gehört für uns der Ausbau dualer Studiengänge und moderner Ausbildungsformate, die Theorie und Praxis sinnvoll verbinden und einen schnellen Einstieg in den Beruf ermöglichen. Gleichzeitig setzen wir auf mehr unternehmerische Freiheit: Wer eine Praxis oder ein Büro übernehmen will, darf nicht an unnötiger Bürokratie scheitern.

Gerade im ländlichen Raum braucht es gezielte Anreize statt immer neuer Förderprogramme nach dem Gießkannenprinzip. Unser Ansatz ist klar, Chancen schaffen, Eigeninitiative stärken und Leistung ermöglichen, damit Fachkräfte bleiben, zurückkehren oder neu gewonnen werden.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, Anerkennungs- und Qualifizierungsverfahren für ausländische Fachkräfte zu beschleunigen und praxisnäher auszugestalten sowie den Zugang zu berufsbezogenen Sprachkursen (mindestens bis Niveau B2) zu verbessern, um die Integration in qualifizierte Beschäftigung gezielt zu fördern?

Ja Nein

Wir können es uns schlicht nicht leisten, qualifizierte Fachkräfte durch langsame Verfahren und unnötige Bürokratie auszubremsen. Wer die nötigen Fähigkeiten mitbringt und arbeiten will, sollte schnell und unkompliziert die Möglichkeit bekommen, in seinem Beruf tätig zu werden. Genau daran richten wir unsere Politik aus.

Die FDP will Anerkennungsverfahren deutlich beschleunigen und stärker an der Praxis orientieren. Entscheidend ist für uns, was jemand tatsächlich kann und nicht, wie aufwendig oder langwierig ein Verfahren ist. Wenn Qualifikationen teilweise fehlen, müssen ergänzende Maßnahmen einfach und zielgerichtet möglich sein, statt neue Hürden aufzubauen.

Gleichzeitig ist klar, dass Sprache der Schlüssel für Integration und beruflichen Erfolg ist. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass berufsbezogene Sprachkurse bis mindestens B2 flächendeckend, flexibel und niedrighschwellig zugänglich sind. Hürden abbauen, Eigenverantwortung stärken und Fachkräfte schnell in qualifizierte Beschäftigung bringen ist unser Ziel.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, Sachsen-Anhalt als Standort für Fachkräfte national und international attraktiver zu machen, insbesondere durch familienfreundliche Lebensbedingungen, gute Wohnraumsituation, hohe Umwelt- und Lebensqualität, wirksame Integrationsangebote sowie eine leistungsfähige Infrastruktur?

Ja Nein

Sachsen-Anhalt muss gezielt Fachkräfte aus dem In- und Ausland gewinnen – durch Freiheit, Chancen und klare Rahmenbedingungen statt Bürokratie und Hürden. Dazu gehören schnelle Verfahren, unkomplizierte Anerkennung von Abschlüssen und eine echte Willkommenskultur.

Entscheidend ist außerdem ein Umfeld, das überzeugt. Wohnraum muss nicht nur verfügbar sein, sondern echte Lebensqualität bieten. Ergänzt durch gute Bildung, moderne Infrastruktur und individuelle Entfaltungsmöglichkeiten wird der Standort attraktiv. Wer Fachkräfte will, muss auf Offenheit, Eigenverantwortung und Fortschritt setzen.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, flexible Übergänge vom Erwerbsleben in den Ruhestand (z.B. im Sinne einer Aktivrente auch für Selbständige) zu unterstützen, um vorhandene berufliche Erfahrung länger im Arbeitsmarkt zu halten?

Ja Nein

Wir Freie Demokraten wollen flexible Übergänge in den Ruhestand ermöglichen und die Aktivrente voranbringen. Wer das Rentenalter erreicht hat, soll selbstbestimmt entscheiden können, ob und wie lange er weiterarbeitet.

Dafür braucht es bessere Rahmenbedingungen und weniger Bürokratie, attraktivere Hinzuverdienstmöglichkeiten und faire steuerliche Regeln eben auch für Selbständige. So nutzen wir wertvolle Erfahrung länger, stärken den Arbeitsmarkt und erhöhen die individuelle Freiheit.

Berufsfreiheit, Selbstverwaltung und Kammerwesen

Die freien Berufe übernehmen durch ihre berufliche Selbstverwaltung eine besondere Verantwortung für Qualitätssicherung, Gemeinwohlorientierung und berufsethische Standards. Dieses System basiert auf dem Prinzip der Subsidiarität sowie der Maxime „Freiheit in Verantwortung“: Freiberufliche Tätigkeiten erfordern hohe Qualifikation und sind geprägt durch eigenverantwortliches, unabhängiges und vertrauliches Handeln.

Die bewährte Selbstverwaltung – insbesondere in Form von Kammern und berufsrechtlichen Regelwerken – gewährleistet eine gleichbleibend hohe Qualität, Zuverlässigkeit und gesellschaftliche Anerkennung, auch bei der Übernahme teilweise hoheitlicher Aufgaben. Zur Selbstverwaltung der freien Berufe gehören auch die berufsständischen Versorgungswerke, die als eigenständige Alterssicherungssysteme eine wichtige Rolle für die langfristige Stabilität und Unabhängigkeit freiberuflicher Tätigkeit spielen.

Vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen stellt sich zudem zunehmend die Frage, inwieweit berufliche Vorbehalte und qualifikationsgebundene Tätigkeiten durch eine Ausweitung von Delegations- und Substitutionsmöglichkeiten aufgeweicht werden. Eine solche Entwicklung kann langfristig Auswirkungen auf die Qualität, die persönliche Verantwortung und die Unabhängigkeit freiberuflicher Leistungen haben.

Eine frühzeitige und systematische Einbindung der freien Berufe in politische Entscheidungsprozesse – etwa im Rahmen von Verbändeanhörungen – kann zusätzlich dazu beitragen, die Praxistauglichkeit staatlicher Regelungen zu erhöhen.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, die berufliche Selbstverwaltung der freien Berufe in Sachsen-Anhalt im Sinne des Subsidiaritätsprinzips und der Maxime „Freiheit in Verantwortung“ zu stärken, ihre Strukturen zu schützen, sie frühzeitig in politische Entscheidungsprozesse einzubeziehen und ihnen mehr Ergebnisverantwortung bei gleichzeitig geringerer staatlicher Detailsteuerung einzuräumen?

X Ja Nein

Die Freien Demokraten bekennen sich klar zur starken Selbstverwaltung der freien Berufe. Sie verkörpert Subsidiarität und „Freiheit in Verantwortung“ besser als staatliche Detailregulierung. Kammern sichern hohe Qualitätsstandards, berufliche Unabhängigkeit und Vertrauen. Deshalb wollen wir sie konsequent stärken, frühzeitig in politische Prozesse einbinden und ihnen mehr Ergebnisverantwortung übertragen. Der Staat soll sich auf klare, schlanke Rahmenbedingungen beschränken. Weniger Bürokratie und mehr Vertrauen in die Professionen sichern Qualität, Innovation und Eigenverantwortung dauerhaft.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass bei landesrechtlichen Regelungen die Unabhängigkeit freiberuflicher Entscheidungen gewahrt bleibt und staatliche Eingriffe – insbesondere in Berufsausübung und Vergütungsstrukturen – auf das notwendige Maß beschränkt werden?

X Ja Nein

Für uns Freie Demokraten ist die Freiheit der Berufsausübung ein Kernprinzip. Staatliche Eingriffe in Entscheidungen und Vergütungen müssen strikt auf das absolut Notwendige begrenzt bleiben. Freie Berufe leben von Eigenverantwortung, Wettbewerb und unternehmerischer Freiheit – nicht von staatlicher Detailsteuerung. Überregulierung schwächt Qualität und Innovation. Deshalb setzen wir auf schlanke Regeln, faire Marktbedingungen und größtmögliche Entscheidungsfreiheit für Freiberufler.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass berufliche Vorbehalte und qualifikationsgebundene Tätigkeiten in den freien Berufen gewahrt bleiben und eine Ausweitung von Delegations- oder Substitutionsmöglichkeiten nicht zu einer Aushöhlung fachlicher Verantwortung, Qualitätsstandards und beruflicher Unabhängigkeit führt?

X Ja Nein

Die Freien Demokraten setzen sich klar für den Erhalt qualifikationsgebundener Tätigkeiten in den freien Berufen ein. Sie sind Grundlage für Qualität, persönliche Verantwortung und das besondere Vertrauensverhältnis zu Mandanten und Patienten. Eine Ausweitung von Delegation oder Substitution darf nicht zu einer Aushöhlung dieser Prinzipien führen. Gleichzeitig unterstützen wir praxisnahe Lösungen zur Entlastung, solange Verantwortung, Unabhängigkeit und hohe Standards gewahrt bleiben.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, die berufsständischen Versorgungswerke als eigenständige und bewährte Alterssicherungssysteme der freien Berufe zu erhalten und vor strukturellen Eingriffen zu schützen?

X Ja Nein

Die Freien Demokraten stehen klar zu den berufsständischen Versorgungswerken als eigenständige und bewährte Systeme der Altersvorsorge. Sie sichern die Unabhängigkeit der freien Berufe und entlasten zugleich die gesetzlichen Systeme. Eingriffe in diese Strukturen lehnen wir ab. Stattdessen setzen wir auf Verlässlichkeit und Planungssicherheit. Wer eigenverantwortlich vorsorgt, muss sich auf stabile Rahmenbedingungen verlassen können, das ist für uns Ausdruck liberaler Politik und Generationengerechtigkeit.

Planbare und verlässliche Regulierung

Freiberufliche Selbstständigkeit erfordert verlässliche und planbare regulatorische Rahmenbedingungen. Häufige Änderungen von Detailvorgaben und kurzfristige Anpassungen können Planungssicherheit und Investitionsbereitschaft erheblich beeinträchtigen.

Eine strategisch ausgerichtete, langfristig verlässliche Wirtschaftspolitik ist daher entscheidend, um Investitionen zu ermöglichen, unternehmerische Initiative zu stärken und nachhaltige Bleibeperspektiven zu schaffen. Klare Prioritäten bei öffentlichen Mitteln, zielgerichtete Förderstrukturen sowie investitionsfreundliche Rahmenbedingungen spielen dabei eine zentrale Rolle.

Übergangsfristen, Pilotierungen und systematische Evaluationen tragen dazu bei, neue Regelungen praxistauglich umzusetzen.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass neue landesrechtliche Regelungen mit Auswirkungen auf freiberuflich Tätige strategisch, planbar und mit ausreichenden Übergangsfristen, Pilotierungen und Evaluationen eingeführt werden, um verlässliche Rahmenbedingungen und Investitionssicherheit zu gewährleisten?

X Ja Nein

Für die Freien Demokraten sind verlässliche Regeln die Grundlage unternehmerischer Freiheit. Freiberufliche Selbstständige brauchen Planungssicherheit statt kurzfristiger politischer Eingriffe. Deshalb setzen wir auf klare, langfristig angelegte Vorgaben, eine frühzeitige Kommunikation und angemessene Übergangsfristen. Neue Regelungen sollen praxisnah erprobt und regelmäßig evaluiert werden. So schaffen wir einen schlanken, modernen Rechtsrahmen, der Bürokratie reduziert, Investitionen erleichtert und Innovation ermöglicht.

Faire wirtschaftliche Rahmenbedingungen für freie Berufe

Verlässliche und wirtschaftlich tragfähige Rahmenbedingungen sind entscheidend für die nachhaltige Tätigkeit freier Berufe. Transparente Förderstrukturen, planbare Kostenentwicklungen sowie faire Vergabeverfahren tragen wesentlich dazu bei, Investitionen zu ermöglichen und qualitativ hochwertige Dienstleistungen langfristig sicherzustellen.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, Förderprogramme des Landes für freiberuflich Tätige transparent, planbar und besser zugänglich zu gestalten, insbesondere für kleine und mittlere freiberufliche Unternehmen?

X Ja Nein

Wir wollen einen Staat, der ermöglicht statt behindert. Förderprogramme müssen transparent, einfach zugänglich und verlässlich sein, damit sich gerade kleine und mittlere freiberufliche Unternehmen auf ihr Kerngeschäft konzentrieren können. Wir setzen auf klare Kriterien, digitale Verfahren und weniger bürokratische Hürden. Förderung darf Eigeninitiative nicht ersetzen, sondern soll sie gezielt unterstützen. So stärken wir Wettbewerb, Innovation und die unternehmerische Freiheit.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, freiberuflich Tätige bei steigenden Energie- und Betriebskosten gezielt zu entlasten, insbesondere in Bereichen mit hoher gesellschaftlicher Versorgungsrelevanz?

X Ja Nein

Für Freie Demokraten gilt so viel Markt wie möglich und so viel Staat wie nötig. Außergewöhnliche Energiepreisschocks können die Existenz freiberuflich Tätiger gefährden. Deshalb befürworten wir gezielte und befristete Entlastungen zur Sicherung der wirtschaftlichen Handlungsfähigkeit. Gleichzeitig setzen wir konsequent auf marktwirtschaftliche Lösungen wie mehr Wettbewerb, schnellere Genehmigungen, technologieoffenen Ausbau und weniger Regulierung. So stabilisieren wir, ohne dauerhaft in den Markt einzugreifen.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Vergabeverfahren öffentlicher Auftraggeber stärker an Qualität, Qualifikation und fachlicher Leistung ausgerichtet werden und nicht vorrangig am niedrigsten Preis?

x Ja Nein

Die FDP setzt sich für Vergabeverfahren ein, die sich am wirtschaftlichsten Angebot orientieren und nicht am kurzfristig niedrigsten Preis. Entscheidend ist ein ausgewogenes Verhältnis von Qualität, Fachkompetenz und Kosten über den gesamten Leistungszeitraum. Eine reine Preisorientierung führt häufig zu Fehlanreizen und mindert die Ergebnisqualität. Deshalb wollen wir Kriterien wie Qualifikation, Erfahrung und nachhaltige Leistungsfähigkeit stärker gewichten. Gleichzeitig müssen Vergaben transparent, mittelstandsfreundlich und effizient bleiben.

Stärkung der Standortfaktoren für freie Berufe

Die Attraktivität freiberuflicher Selbstständigkeit hängt maßgeblich von funktionierenden Standortfaktoren ab. Leistungsfähige digitale Infrastruktur, gute Mobilitätsangebote sowie verlässliche Betreuungsangebote für Kinder sind entscheidende Voraussetzungen dafür, dass freie Berufe auch außerhalb der großen Zentren bestehen und sich neu ansiedeln können.

Verlässliche Investitionen in Infrastruktur, gute Erreichbarkeit sowie moderne Arbeits- und Innovationsumfelder sind zentrale Faktoren für die Zukunftsfähigkeit freiberuflicher Tätigkeit.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, zentrale Standortfaktoren wie digitale Infrastruktur (insbesondere Breitbandausbau im ländlichen Raum), Mobilität und Kinderbetreuung gezielt zu stärken sowie moderne Arbeits- und Innovationsräume für freiberuflich Tätige zu fördern, um die Ansiedlung und Tätigkeit freier Berufe in Sachsen-Anhalt nachhaltig zu sichern?

X Ja Nein

Wir wissen, dass freiberuflich Tätige bei der Standortwahl ganz konkret auf funktionierende Infrastruktur angewiesen sind. Ohne verlässliches Internet, gute Erreichbarkeit und passende Kinderbetreuung wird es gerade im ländlichen Raum schwierig, wirtschaftlich erfolgreich zu arbeiten. Deshalb setzen wir uns für einen schnellen Breitbandausbau, praxistaugliche Mobilitätsangebote und flexible Betreuungsstrukturen ein. Gleichzeitig wollen wir bürokratische Hürden abbauen und Investitionen erleichtern, damit Sie sich auf Ihre Arbeit konzentrieren können und nicht auf Rahmenbedingungen.

Stärkung des Bildungsniveaus und Sichtbarkeit freier Berufe in Schule und Hochschule

Freie Berufe sind ein zentraler Bestandteil der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Struktur in Sachsen-Anhalt. In der schulischen Berufsorientierung sind sie jedoch bislang nur unzureichend präsent. Viele Schülerinnen und Schüler kennen dieses Berufsbild kaum oder nehmen freiberufliche Selbstständigkeit nicht als realistische berufliche Perspektive wahr.

Gleichzeitig ist ein hohes Bildungsniveau eine wesentliche Grundlage für Fachkräfteentwicklung und berufliche Orientierung. Eine gezielte Stärkung der schulischen Bildung – insbesondere durch bessere personelle und sachliche Ausstattung, verlässliche Unterrichtsversorgung sowie die Förderung von Leistungsbereitschaft, Kreativität und wirtschaftlichen Kompetenzen – kann dazu beitragen, berufliche Perspektiven breiter sichtbar zu machen und auch die freien Berufe stärker in den Fokus zu rücken.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, freie Berufe verbindlich und sichtbar in der schulischen Berufsorientierung zu verankern, insbesondere durch die Aufnahme in Lehrpläne, praxisnahe Formate (z.B. Kooperationen mit Praxen und Büros) und eine stärkere Berücksichtigung selbstständiger Berufsperspektiven?

X Ja Nein

Junge Menschen sollten früh die ganze Breite beruflicher Möglichkeiten kennenlernen und dazu gehören auch freie Berufe und die Selbstständigkeit. Wer Eigenverantwortung übernehmen will, muss diese Option überhaupt kennen. Deshalb wollen wir freie Berufe stärker in der Berufsorientierung verankern und durch praxisnahe Einblicke erlebbar machen. Gleichzeitig setzen wir auf mehr wirtschaftliche Bildung und die Förderung von

Eigeninitiative. Unser Ziel ist echte Wahlfreiheit durch bessere Information und nicht durch staatliche Vorgaben.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, die schulischen Rahmenbedingungen insgesamt zu stärken, insbesondere durch bessere Ausstattung, ausreichendes Lehrpersonal, verlässliche Unterrichtsversorgung sowie Maßnahmen zur Sicherstellung von Schulabschlüssen?

X Ja Nein

Gute Bildung ist die Grundlage für individuelle Aufstiegschancen und wirtschaftliche Stärke. Deshalb setzen wir uns für besser ausgestattete Schulen, ausreichend qualifiziertes Lehrpersonal und eine verlässliche Unterrichtsversorgung ein. Entscheidend ist, dass Unterricht tatsächlich stattfindet und Schulabschlüsse erreicht werden können. Wir wollen Schulen mehr Freiheit vor Ort geben, Bürokratie abbauen und gezielt in Qualität investieren. So stärken wir Leistungsbereitschaft, Eigenverantwortung und die Zukunftschancen junger Menschen.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass an den Hochschulen des Landes Sachsen-Anhalt freiberufliche Selbstständigkeit stärker als eigenständige berufliche Perspektive vermittelt wird, insbesondere durch praxisnahe Angebote zur selbstständigen Berufsausübung?

X Ja Nein

Hochschulen sollten nicht nur auf klassische Beschäftigungsverhältnisse vorbereiten, sondern auch Selbstständigkeit als echte Option vermitteln. Freiberufliche Tätigkeit erfordert unternehmerisches Denken und praktische Kenntnisse, die im Studium stärker berücksichtigt werden sollten. Deshalb setzen wir uns für praxisnahe Angebote ein, etwa zu Gründung, Organisation und wirtschaftlichen Grundlagen. Ziel ist es, Studierenden mehr Entscheidungsfreiheit zu geben und sie zu befähigen, eigenverantwortlich ihren beruflichen Weg zu wählen.

Datenschutz und IT-Sicherheit

Datenschutz und IT-Sicherheit sind zentrale Voraussetzungen für das Vertrauen in digitale Prozesse und Dienstleistungen. Für freiberuflich Tätige ist entscheidend, dass entsprechende Anforderungen risikobasiert, rechtssicher und praktikabel ausgestaltet werden und Verantwortlichkeiten klar geregelt sind.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Anforderungen an Datenschutz und IT-Sicherheit für freiberuflich Tätige risikobasiert, rechtssicher und praxistauglich ausgestaltet werden und klare Zuständigkeiten zwischen Staat, Institutionen und Anwendern bestehen?

X Ja Nein

Datenschutz und IT-Sicherheit sind wichtig, dürfen aber nicht zu unnötiger Bürokratie führen. Anforderungen müssen sich am tatsächlichen Risiko orientieren und für freiberuflich Tätige praktikabel umsetzbar sein. Wir setzen uns für klare, verständliche Regeln und eindeutige Zuständigkeiten ein, damit Rechtssicherheit entsteht und Doppelstrukturen vermieden werden. Ziel ist ein ausgewogener Ansatz, der Vertrauen in digitale Prozesse stärkt, ohne Innovation und effizientes Arbeiten durch übermäßige Regulierung zu behindern.

Anhang – Spezifische Anliegen der Anwaltschaft**Effizienz der Justizverfahren**

Die Dauer gerichtlicher Verfahren ist ein zentraler Faktor für die Funktionsfähigkeit des Rechtsstaats und die praktische Durchsetzbarkeit von Rechten. Zugleich müssen rechtsstaatliche Verfahrensgarantien gewahrt bleiben.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, die Dauer von Zivil-, Straf- und Verwaltungsverfahren in Sachsen-Anhalt nachhaltig zu verkürzen, ohne rechtsstaatliche Verfahrensgarantien einzuschränken?

X Ja Nein

Ein funktionierender Rechtsstaat braucht zügige und verlässliche Verfahren. Lange Verfahrensdauern schwächen die Durchsetzbarkeit von Rechten und belasten Bürger wie Unternehmen. Deshalb setzen wir auf eine bessere personelle Ausstattung der Justiz, konsequente Digitalisierung und effizientere Abläufe. Gleichzeitig ist klar, dass rechtsstaatliche Garantien uneingeschränkt gewahrt bleiben müssen. Ziel ist es, Verfahren spürbar zu beschleunigen, ohne Abstriche bei Fairness, Qualität und Rechtssicherheit zu machen.

Dazu wollen wir den Beibringungsgrundsatz stärken und ihn auch über das Zivilverfahren hinaus in weiteren Verfahrensordnungen stärker zur Anwendung kommen lassen, um die Eigenverantwortung der Beteiligten zu erhöhen und Prozesse zu straffen.

Zudem setzen wir uns für eine gezielte Abschaffung des Widerspruchsverfahrens in den Bereichen ein, in denen es sich als wenig wirksam erwiesen hat und nur selten zu einer

tatsächlichen Abhilfe führt. In den Bereichen, in denen das Widerspruchsverfahren beibehalten wird, wollen wir es praxistauglicher ausgestalten. Dazu gehört insbesondere, die Selbstüberprüfung durch die Verwaltung zu erleichtern – etwa nach dem Vorbild des Bußgeldverfahrens – sowie verbindliche Fristen einzuführen, im Hinblick auf Untätigkeitsklagen, um unnötige Verzögerungen konsequent zu vermeiden.

Angemessene Vergütung anwaltlicher Leistungen

Eine angemessene und verlässliche Vergütung anwaltlicher Leistungen ist Voraussetzung für eine flächendeckende rechtliche Versorgung sowie für den Zugang zum Recht. Dies gilt insbesondere für gesetzlich geregelte Vergütungssysteme und staatlich finanzierte Mandate.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, die gesetzliche Anwaltsvergütung regelmäßig und angemessen weiterzuentwickeln sowie die Vergütung in Beratungshilfe- und Prozesskostenhilfemandaten auskömmlich auszugestalten und die entsprechenden Bewilligungs- und Abrechnungsverfahren zu vereinfachen und zu beschleunigen?

X Ja Nein

Eine angemessene und verlässliche Vergütung ist die Grundlage dafür, dass Sie Ihre Leistungen wirtschaftlich erbringen und Mandate im Bereich Beratungshilfe und Prozesskostenhilfe weiterhin übernehmen können. Wenn Aufwand und Vergütung auseinanderfallen, leidet die Bereitschaft zur Übernahme solcher Mandate und damit der Zugang zum Recht. Deshalb setzen wir uns für eine regelmäßige, realitätsgerechte Anpassung der gesetzlichen Vergütung ein. Gleichzeitig müssen Bewilligungs- und Abrechnungsverfahren deutlich vereinfacht und beschleunigt werden, damit Ihr Aufwand spürbar reduziert wird.

Dabei ist eine lineare Erhöhung grundsätzlich wünschenswert, muss jedoch auch die Belastungen für die Allgemeinheit im Blick behalten. Steigende Vergütungssätze können sich mittelbar auch auf die Beiträge von Rechtsschutzversicherungen auswirken. Vor diesem Hintergrund sprechen wir uns für eine regelmäßige, strukturierte Überprüfung der Vergütung durch eine unabhängige Kommission aus, die Faktoren wie Inflation, gestiegene Sach- und Fahrtkosten sowie veränderte Rahmenbedingungen – etwa durch die zunehmende Nutzung von Videoverhandlungen – berücksichtigt. Gleichzeitig müssen Bewilligungs- und Abrechnungsverfahren deutlich vereinfacht und beschleunigt werden, damit Ihr Aufwand spürbar reduziert wird.

Abgrenzung anwaltlicher und nichtanwaltlicher Rechtsdienstleistungen

Die Qualität rechtlicher Beratung, klare Haftungsstrukturen und ein wirksamer Verbraucherschutz erfordern verlässliche Rahmenbedingungen für die Erbringung von Rechtsdienstleistungen.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, die berufsrechtlichen Standards, Haftungsregeln und den Verbraucherschutz im Bereich von Rechtsdienstleistungen zu sichern und eine Ausweitung nichtanwaltlicher Rechtsdienstleistungen so zu gestalten, dass diese Standards nicht unterlaufen werden?

X Ja Nein

Für eine starke und unabhängige Anwaltschaft sind klare berufsrechtliche Standards, verlässliche Haftungsregeln und ein wirksamer Verbraucherschutz unverzichtbar. Diese dürfen durch eine Ausweitung nichtanwaltlicher Rechtsdienstleistungen nicht ausgehöhlt werden. Wettbewerb ist richtig, muss aber auf vergleichbaren Anforderungen beruhen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass neue Anbieter in bestehende Qualitäts- und Haftungsstrukturen eingebunden werden. So sichern wir faire Wettbewerbsbedingungen, erhalten das Vertrauen in anwaltliche Beratung und schützen die Rechtssuchenden. Gleichzeitig muss der Schwerpunkt weiterhin bei den Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten als unabhängiges Organ der Rechtspflege liegen. So erhalten wir das Vertrauen in anwaltliche Beratung und schützen die Rechtssuchenden.

Gerichtsstandorte und Zugang zur Justiz

Eine wohnortnahe Justizinfrastruktur ist ein wichtiger Bestandteil gleichwertiger Lebensverhältnisse, insbesondere im ländlichen Raum.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, Gerichtsstandorte in Sachsen-Anhalt – insbesondere im ländlichen Raum – zu erhalten und zu stärken, um einen verlässlichen Zugang zur Justiz sicherzustellen?

X Ja Nein

Für Sie als Anwaltschaft ist eine verlässliche und erreichbare Justizstruktur essenziell für die tägliche Arbeit und die effektive Wahrnehmung von Mandanteninteressen. Gerade im ländlichen Raum sichern wohnortnahe Gerichtsstandorte den Zugang zum Recht und praktikable Verfahrensabläufe. Deshalb setzen wir uns für den Erhalt sinnvoller Standorte

ein. Gleichzeitig treiben wir Digitalisierung und effizientere Abläufe voran, um Verfahren zu beschleunigen und die Justiz insgesamt leistungsfähiger und besser erreichbar zu machen. Dazu gehört auch, bestehende Gerichtsstandorte stärker zu nutzen, etwa als Infrastruktur für Online-Verhandlungen mit verifizierter Anmeldung. So können Verfahren flexibler gestaltet und Wege für alle Beteiligten reduziert werden, ohne die örtliche Präsenz der Justiz aufzugeben.

Anhang – Spezifische Anliegen der Tierärzteschaft

Tierärztliche Versorgung im ländlichen Raum

Sachsen-Anhalt ist ein Flächenland mit ausgeprägten ländlichen Strukturen. Gleichzeitig verschärft sich der Mangel an praktizierenden Tierärztinnen und Tierärzten, insbesondere im Bereich der Nutztierpraxis. Altersbedingte Praxisaufgaben, hohe Arbeitsbelastung, zunehmende Bürokratie sowie wirtschaftliche Unsicherheiten führen dazu, dass immer weniger tierärztliche Leistungen vor Ort verfügbar sind.

Eine stabile tierärztliche Infrastruktur ist jedoch essenziell für Tiergesundheit, Tierschutz, Lebensmittelsicherheit und den One-Health-Ansatz. Versorgungslücken stellen nicht nur ein Risiko für landwirtschaftliche Betriebe dar, sondern auch für Tierseuchenprävention und Verbraucherschutz insgesamt.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, die tierärztliche Versorgung – insbesondere im Nutztierbereich und im ländlichen Raum – durch gezielte Förderprogramme, Niederlassungsanreize, Maßnahmen zur Entlastung von Bürokratie sowie verbesserte Rahmenbedingungen nachhaltig zu sichern?

X Ja Nein

Eine flächendeckende tierärztliche Versorgung entsteht nicht durch staatliche Steuerung, sondern durch attraktive Rahmenbedingungen für freiberufliche Tätigkeit. Viele von Ihnen sehen, dass übermäßige Bürokratie und starre Vorgaben die Niederlassung unattraktiv machen. Deshalb setzen wir konsequent auf weniger Regulierung, mehr unternehmerische Freiheit und verlässliche Rahmenbedingungen. Wo gezielte Anreize nötig sind, sollen diese befristet und treffsicher erfolgen. Unser Ziel ist es, die Freiberuflichkeit zu stärken. Um junge Leute für tiermedizinische Berufe zu interessieren steht das Förderprogramm für Praktika in den Grünen Berufen, welches wir in dieser Legislaturperiode eingeführt haben, ausdrücklich auch für Tierarztpraxen offen. Das wollen wir fortsetzen. Die lange überfällige Reform der Gebührenordnung für Tierärztinnen und Tierärzte (GOT) 2022 muss noch in diesem Jahr von der Bundesregierung evaluiert werden. Dabei müssen die tatsächlichen Kostenstrukturen in den Tierarztpraxen ermittelt und der Leistungskatalog überprüft werden. Wir wollen faire Gebührensätze, die die wirtschaftliche Tragfähigkeit der tierärztlichen Versorgung gerade

auch im ländlichen Raum sichert, aber auch die Tierhalterinnen und Tierhalter nicht unangemessen belasten.

Stärkung des öffentlichen Veterinär- und Verbraucherschutzsystems

Die Tierärzteschaft leistet einen zentralen Beitrag zum Gesundheits- und Verbraucherschutz. Im Sinne des One-Health-Ansatzes ist die Tiergesundheit eng mit der menschlichen Gesundheit verbunden –etwa zwei Drittel aller menschlichen Infektionskrankheiten stammen vom Tier (Zoonosen). Zudem dient das Konzept der europäischen Verbraucherschutzpolitik „from stable to table“ dem Ziel gesunder Lebensmittel.

Gleichzeitig zeigen sich in Sachsen-Anhalt zunehmende strukturelle Defizite in der amtlichen Veterinär- und Lebensmittelüberwachung. Personelle Engpässe, Einstellungsstopps sowie fehlende Ausbildungskapazitäten (z.B. für Tiergesundheitskontrolleure) führen zu Verzögerungen und gefährden die Funktionsfähigkeit der zuständigen Behörden.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, die personelle und strukturelle Ausstattung der Veterinär- und Lebensmittelüberwachung in Sachsen-Anhalt nachhaltig zu stärken, insbesondere durch den Abbau von Einstellungshemmnissen, den Ausbau von Ausbildungskapazitäten sowie eine langfristig gesicherte Personalausstattung?

X Ja Nein

Ja. Ein funktionierender Gesundheits- und Verbraucherschutz ist eine zentrale staatliche Kernaufgabe. Damit diese verlässlich erfüllt werden kann, braucht es ausreichend qualifiziertes Personal und leistungsfähige Strukturen. Wir setzen uns deshalb für den Abbau unnötiger Einstellungshemmnisse und den Ausbau praxisnaher Ausbildungskapazitäten ein. Gleichzeitig ist entscheidend, die Organisation effizienter zu gestalten und bürokratische Hürden zu reduzieren. Unser Ziel ist ein schlanker, handlungsfähiger Staat, der seine Kernaufgaben zuverlässig erfüllt und die Tierärzteschaft wirksam unterstützt.

Tierschutz bei Tiertransporten

Langstreckentransporte von Nutz- und Zuchttieren – insbesondere in Drittstaaten – stehen seit Jahren in der Kritik. Die Einhaltung von Tierschutzstandards entlang der gesamten Transportkette ist häufig nur eingeschränkt überprüfbar. Amtstierärztinnen und Amtstierärzte sehen sich dabei regelmäßig mit rechtlichen und praktischen Unsicherheiten konfrontiert.

Vor diesem Hintergrund besteht ein Spannungsfeld zwischen rechtlichen Vorgaben, wirtschaftlichen Interessen und dem Anspruch eines wirksamen Tierschutzes.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, den Tierschutz bei Tiertransporten wirksam zu stärken und insbesondere Regelungen für Langstreckentransporte so weiterzuentwickeln, dass

Tierschutzstandards überprüfbar eingehalten werden und tierschutzwidrige Transporte wirksam verhindert werden?

X Ja Nein

Ein wirksamer Tierschutz muss auch bei Tiertransporten verlässlich durchgesetzt werden. Gerade bei Langstreckentransporten braucht es klare, rechtssichere und praktikable Regelungen, die für alle Beteiligten nachvollziehbar sind. Entscheidend ist, dass Standards entlang der gesamten Transportkette überprüfbar eingehalten werden können. Deshalb setzen wir uns für bessere Kontrollmöglichkeiten, eindeutige Zuständigkeiten und praxistaugliche Vorgaben ein. Ziel ist es, tierschutzwidrige Transporte konsequent zu verhindern, ohne unnötige bürokratische Belastungen zu schaffen.

Katzenschutzverordnung in Sachsen-Anhalt

In vielen Regionen Sachsens-Anhalts ist eine starke Vermehrung freilebender und verwilderter Katzen zu beobachten. Unkontrollierte Fortpflanzung führt zu erheblichem Tierleid, hoher Krankheitsbelastung sowie zu steigenden Anforderungen an Tierheime und kommunale Strukturen.

- 13b Tierschutzgesetz (TierSchG) ermöglicht ausdrücklich die Landesregierungen, durch eine landesweite Verordnung geeignete Maßnahmen zur Regulierung dieser Population zu ergreifen. Derzeit erfolgt dies in Sachsen-Anhalt überwiegend auf kommunaler Ebene, was zu uneinheitlichen Regelungen und zusätzlichem Verwaltungsaufwand führt.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, eine landesweit einheitliche Katzenschutzverordnung in Sachsen-Anhalt einzuführen, um die Population freilebender Katzen nachhaltig zu regulieren und Tierleid nachhaltig zu reduzieren?

Ja X Nein

Nach Auskunft der Landesregierung verfügt sie nicht über ausreichend Kenntnisse, um die regionalen Problemlagen bezüglich herrenloser Katzen jeweils gut genug beurteilen zu können. Deshalb hat sie die Ermächtigung für Katzenschutzgebiete den Städten und Gemeinden übertragen. Wir halten dieses Vorgehen weiterhin für nachvollziehbar. Ziel ist es, Tierleid wirksam zu begrenzen, ohne übermäßige Regulierung zu schaffen, und praktikable Lösungen zu ermöglichen, die vor Ort funktionieren.

Weiterentwicklung des Hundegesetzes und verantwortungsvolle Hundehaltung

Die sichere Haltung und Führung von Hunden ist ein wichtiger Bestandteil des öffentlichen Zusammenlebens. Wiederkehrende Beißvorfälle zeigen, dass neben rechtlichen Regelungen auch Kenntnisse und Verantwortungsbewusstsein der Hundehalterinnen und Hundehalter eine zentrale Rolle spielen. Vor diesem Hintergrund wird die Einführung eines

verpflichtenden Sachkundenachweises („Hundeführerschein“) zunehmend als Instrument diskutiert, um Risiken zu reduzieren und eine verantwortungsvolle Hundehaltung zu fördern.

Gleichzeitig führt die derzeitige Ausgestaltung des Hundegesetzes Sachsen-Anhalt in Teilen zu zusätzlichem Verwaltungsaufwand und wirft fachliche Fragen auf, insbesondere im Hinblick auf pauschale Rasselisten und Meldepflichten.

Zunehmend wird daher eine stärker wissenschaftlich fundierte, differenzierte und zugleich praxistaugliche Ausgestaltung der Regelungen diskutiert.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, das Hundegesetz Sachsen-Anhalt weiterzuentwickeln, insbesondere im Hinblick auf Bürokratieabbau (z.B. Meldepflicht durch den Tierarzt), eine wissenschaftlich fundierte Gefährlichkeitsbewertung sowie Maßnahmen zur Förderung verantwortungsvoller Hundehaltung (z.B. Sachkundenachweise)?

X Ja Nein

Wir wollen das Hundegesetz gezielt weiterentwickeln. In Rasselisten sehen wir nach wie vor kein geeignetes Instrument und setzen uns für deren Abschaffung ein. Stattdessen wollen wir die wissenschaftlich fundierte Gefährlichkeitsbewertung im Einzelfall stärken, etwa anhand von Verhalten und Halterverantwortung. Bürokratie wollen wir konkret abbauen, zum Beispiel durch die Abschaffung unnötiger Meldepflichten über Tierärzte und durch digitale, einfache Verfahren. Gleichzeitig unterstützen wir praxistaugliche Sachkundenachweise, die Halter befähigen und Eigenverantwortung stärken. Ziel ist mehr Sicherheit durch bessere Regeln, nicht durch mehr Bürokratie.